

# Holzarbeiter

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 9

Berlin, den 27. Februar 1932

40. Jahrgang

# Zeitung

## Unsere Jugendbewegung

Die Erkenntnis, daß wir dem gewerblichen Nachwuchs Interesse entgegenbringen müssen, ist für unseren Verband nicht neu. Die Bemühungen unseres Verbandes für die Verbesserung des Lehrlingswesens sind so alt wie unser Verband selbst. Wenn man in den alten Jahrgängen unseres Verbandsorgans blättert, wird man manchmal auf die an die Kollegen gerichtete Mahnung stoßen, den Lehrling gegen Mißhandlung und sonstige Unbill zu schützen, ihm freundlich entgegenzukommen und zu helfen. Der Lehrling von heute ist unser Kollege von morgen, und die Erfahrungen, die der Lehrling mit den Verbandsmitgliedern in der Lehrwerkstatt gemacht hat, werden seine künftige Einstellung zur Organisation stark beeinflussen.

Alle diese Mahnungen sind auch heute noch am Platze, aber wir würden unsere Pflichten gegenüber der Jugend arg vernachlässigen, wenn wir uns auf sie beschränken würden. Die Jugend von heute ist nicht mehr das, was sie noch vor wenigen Jahrzehnten war. Diese Feststellung soll nicht etwa eine Bekräftigung der moralinsauren Klagen älter Weiber beiderlei Geschlechts über die Verderbtheit der heutigen Jugend sein. Ganz im Gegenteil, wir freuen uns, feststellen zu können, daß sich die Jugend sehr zu ihrem Vorteil von der Jugend früherer Generationen unterscheidet. Und wir freuen uns dieses Fortschritts um so mehr, als er in erster Linie dem Wirken der Gewerkschaften zu danken ist.

Was war doch der Handwerkslehrling von früher für ein gedrücktes Wesen. In der Werkstatt der Prügelnabe, an dem Meister und auch wohl die Gesellen ihren Zorn auslassen konnten. Früh der erste in der Werkstatt, hatte er abends, wenn der lange Arbeitstag des Gesellen beendet war, noch die Werkstatt aufzuräumen. In nicht seltenen Fällen mußte er auch Sonntags noch einige Stunden in der Werkstatt verbringen. Er hatte weder Zeit und Gelegenheit noch auch nur die geistige Spannkraft, sich mit Dingen zu beschäftigen, die über den Horizont der Werkstatt hinausgingen. Das Zusammentreffen mit Leidensgenossen in konfessionellen Vereinen, in denen unter geistlicher Leitung eine fromme und erbauliche Unterhaltung gepflegt wurde, wurde da schon als ersehnte Erholung empfunden.

Der unermüdliche und erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit sprengte auch die Fesseln der Jugend und erlöste sie aus dem Pferd. Und als die Revolution den Achtstundentag

brachte, das lange angestrebte Ideal der Arbeiterbewegung, da war die Voraussetzung auch für eine freiere Betätigung der Jugend gegeben. Der Wanderlust wurde an den Sonntagen nach Herzenslust gefrönt. Der Sport wurde auch in der Arbeiterjugend populär. Was früher ein Vorrecht der Besitzenden war, das der Arbeiterjunge nur mit Neid aus der Ferne betrachtet hat, das übte er nun selbst, und die sportliche Betätigung gereichte der körperlichen und geistigen Entwicklung zum Vorteil.

Die wirtschaftliche Entwicklung bringt es mit sich, daß neben dem Handwerkslehrling in wachsender Zahl der junge Fabrikarbeiter tritt, der keine formelle Lehrzeit absolviert; eine wichtige Rolle spielt auch die junge Arbeiterin. Ihre Aussicht, dereinst als Hausfrau auf die Fabrikarbeit als eine Episode in ihrem Leben zurückblicken zu können, ist sehr gering. Sie muß mit der Erwerbsarbeit als Lebensberuf rechnen, und so fühlt sich die junge Arbeiterin dem jugendlichen Arbeiter schicksalsverbunden. In ähnlicher Weise wie dieser benutzt sie ihre Freizeit zu Spiel und Sport, aber auch zu ernstem Streben.

Das ist gerade das Charakteristische unserer modernen Jugendbewegung, daß sie sich nicht auf Spiel und fröhliche Unterhaltung beschränkt, sondern auch dem Ernst des Lebens Rechnung trägt. Es ist ein erfreuliches Bild, den Eifer zu betrachten, mit dem sich unsere Jugend in den beruflichen Fortbildungskursen der Arbeit widmet. In den von unserem Verband veranstalteten Kursen werden meist Techniken gepflegt, von denen der Lehrling in der Werkstatt des Lehrmeisters nicht viel erfährt. Da erlernen die jungen Leute systematisch in Theorie und Praxis die Kunst des Polierens; sie üben die reizvolle Kunst des Intarsien Schneidens, sie werden in die Geheimnisse des Treppenbaues eingeführt usw. Für den Beobachter ist es ein Genuß, den Lerneifer zu betrachten, den unser Jungvolk an den Tag legt.

Nicht nur die handwerkliche Geschicklichkeit wird in den Jugendveranstaltungen gepflegt, auch Verstand und Wissen werden geschärft. Unsere Jugend, das sind die werdenden Staatsbürger. Nicht lange und sie sind Wähler, sie üben durch ihre Wahlstimmen einen Einfluß auf die Zusammensetzung der Parlamente aus. Da ist es ganz selbstverständlich, daß sie sich mit politischen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, um so mehr, als sie ja die Auswirkung von Politik und Wirtschaft am

eigenen Leibe verspüren. Daß bei der Erörterung solcher Fragen nicht immer tiefgründige Weisheit zutage gefördert wird, liegt im Wesen der Dinge, das kann man auch oft genug in den Diskussionen der Erwachsenen beobachten.

Noch ein anderes ist charakteristisch für die Einstellung der Jugendlichen zu den Problemen des öffentlichen Lebens. „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort“, mit diesem Vers spricht Schiller eine Wahrheit aus, die man immer wieder bestätigt findet. Die Jugend begeistert sich leicht für große Ziele. Ihr fehlt noch der Blick für die Hindernisse, die auf dem

## Der Ruf nach Arbeit

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Tagung am 15. und 16. Februar sehr eingehend das vordringliche Problem der Arbeitsbeschaffung erörtert. Das Ergebnis der Aussprache, die die große Bedeutung dieses Problems für unser ganzes Wirtschaftsleben in vollem Maße würdigte, war die einstimmige Annahme der folgenden

### Entschliebung.

Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenhier auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Prozent; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Prozent. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Wege zum Ziel zu überwinden sind. Man braucht sich durch ein vor schnelles Urteil aus dem Munde der begeisterten Jugend nicht beirren zu lassen. In vielen Fällen entwickelt sich aus dem schäumenden Most ein guter Wein. Die Erfahrungen des Lebens sorgen von selbst dafür, daß der junge Brausekopf sich abkühlt und ruhigeren Erwägungen Raum gibt. Der Zweck der Erziehung der Jugend muß es sein, die Blickrichtung in die richtige Bahn zu lenken, auf daß die Begeisterung für das Ziel das ganze Leben lang erhalten bleibt und ihr die nicht ausbleibenden Enttäuschungen im Leben nichts anhaben können.

Jugendliche Begeisterung neigt zum Radikalismus. Sie wird von den radikalen politischen Parteien oft mißbraucht. Sie schmeichelt dem Selbst-

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Überarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften betonen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftspolitik durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wiederherstellen.



bewußtsein der Jugend, malen ihr in phantastischen Farben ein ideales Zukunftsbild, wobei es ihnen nur darum zu tun ist, Sturmtruppen zu gewinnen für die eigenen egoistischen Zwecke. Sie machen sich keine Gedanken um das Schicksal derer, die ihnen gefolgt sind und dann zu spät erkennen, daß sie einer Fata Morgana nachgejagt sind, die sie ins Verderben geführt hat.

Die Jugend richtig zu führen, ihr natürliches Solidaritätsgefühl zu stärken und zu festigen, sie zu bewußten Klassenkämpfern zu machen, das erfordert ein besonderes Geschick. Der im Pubertätsalter stark entwickelte Unabhingigkeitsdrang lehnt die Schulmeisterei ab. Die Jugend will unabhängig sein, will ihre Angelegenheiten selbst regeln. Das muß bei der Führung der Jugend beachtet werden. Der Unterschied im Lebensalter fällt nicht ins Gewicht, wenn nur der Jugendführer im Herzen jung bleibt; er muß sich im Ernst und Scherz als Kamerad seiner Pflegebefohlenen fühlen. Die Jugend legt großen Wert auf Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten, sie soll nicht angetastet werden. Der geschickte

Jugendführer, der sich das Vertrauen seiner Pflegebefohlenen erworben hat, wird es zuwege bringen, den Sinn seiner Pflegebefohlenen so zu lenken, daß sie sich von selbst für das Richtige entscheiden.

Nicht jeder eignet sich zum Jugendführer, aber jeder muß den Wunsch haben, daß ein Geschlecht heranwächst, das mit beruflicher Tüchtigkeit überzeugtes Klassenbewußtsein vereint. Die Stätten, an denen diese Tugenden gepflegt werden, sind unsere Jugendabteilungen. Das, worauf wir uns einst dem beruflichen Nachwuchs gegenüber beschränkt haben, gilt auch heute noch. Im Betrieb sei jeder der Schützer und freundwillige Helfer der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Darüber hinaus aber möge jeder Kollege den Jugendlichen den Weg in die Jugendabteilung weisen, wo eine solche besteht. Wo sie noch nicht besteht, aber die Voraussetzungen dafür gegeben sind, muß sie ins Leben gerufen werden. So sorgen wir für den Ausbau und die Kräftigung unseres Verbandes, eingedenk des alten Wortes: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!

der Unfälle auf je 1000 Vollarbeiter von 6,17 auf 6,21 gestiegen. Diese verhältnismäßige Steigerung der Unfälle ist eine wenig erfreuliche Tatsache, und sie wird auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß der amtliche Text zu der Statistik der Sozialversicherung sich nur an die absoluten Zahlen hält und dann von einem Rückgang der Unfälle spricht.

Bei den Folgen der Unfälle wird unterschieden zwischen Tod, völliger und teilweiser Erwerbsunfähigkeit. Von den durch die 5 Berufsgenossenschaften der Holzindustrie entschädigten 3908 Unfällen verließen 91 tödlich; die völlige Erwerbsunfähigkeit wurde anerkannt in 3 (!) Fällen, während in den übrigen 3814 Fällen nur teilweise Erwerbsunfähigkeit angenommen wurde. Der Begriff der völligen Erwerbsunfähigkeit scheint demnach aus der Unfallversicherung allmählich zu verschwin-

den, und man könnte sich darüber freuen, wenn man nicht eben wüßte, daß die Tendenz dahin geht, den durch Unfall entstandenen Schaden möglichst gering einzuschätzen.

Die Unternehmer haben bekanntlich vor nicht langer Zeit auch gegen die Unfallversicherung ihre Angriffe gerichtet mit dem Ziel, die „Lasten zu verringern“, lies die Renten zu kürzen. Diesen Absichten haben sich die Gewerkschaften energisch widersetzt. Aber es gibt einen anderen Weg zum Ziel der Lastensenkung: das ist die Verhütung der Unfälle. Dieser Weg ist wirksamer als jede Rentenkürzung, und er ist vor allen Dingen segensreicher, weil die Erhaltung der Gesundheit und der heilenden Glieder für den Arbeiter wertvoller ist als die paar Mark Rente, um die leider meistens noch ein unerquicklicher Kampf geführt werden muß. o-z.

## Aus der Unfallversicherung

Der Vergleich der Einnahmen mit den Ausgaben läßt bei der Unfallversicherung nicht ohne weiteres Schlüsse auf den Stand der Finanzen zu. Es gibt in der Unfallversicherung keine feste Beitragsleistung wie in den anderen Zweigen der Sozialversicherung, sondern die Deckung der Ausgaben erfolgt durch ein Umlageverfahren. Darum ist der Fehlbetrag von rund 5,9 Millionen Mark, mit dem das Jahr 1930 abschließt, nur als der rechnerische Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben anzusehen. Ein wirklicher Fehlbetrag kann infolge des Umlageverfahrens nur schwer eintreten.

Träger der Unfallversicherung sind in erster Linie die Berufsgenossenschaften (gewerbliche und landwirtschaftliche). Daneben gibt es noch 14 Zweiganstalten für nichtgewerbsmäßige Bauarbeiten und eine größere Anzahl sogenannter Ausführungsbehörden, bei denen die in Reichs- und Gemeindebetrieben Beschäftigten versichert sind. Der weitaus größte Teil der Versicherten (25,2 Millionen von insgesamt 27,2 Millionen) entfällt auf die Berufsgenossenschaften, und zwar auf die 66 gewerblichen 11,2 Millionen und auf die 40 landwirtschaftlichen 14 Millionen. Dabei ist zu beachten, daß die Zahlen für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geschätzt sind, und ferner, daß etwa 3 Millionen Versicherte doppelt gezählt sind, da sie sowohl im Gewerbe als in der Landwirtschaft tätig sind.

Neben der Zahl der Versicherten wird in den gewerblichen Berufsgenossenschaften die Zahl der Vollarbeiter ermittelt, indem je 300 Arbeitstage als ein Vollarbeiter gerechnet werden. Da sich so ein zuverlässigeres Bild der tatsächlichen Verhältnisse ergibt, sind den weiteren Betrachtungen die Zahlen der Vollarbeiter zugrunde gelegt.

Zahl der Vollarbeiter:

	1929	1930	Abnahme in Proz.
Sächsische Holz-Berufs-Gen.	45 500	34 712	23,7
Nordd. Holz-Berufs-Gen.	329 305	282 094	14,3
Bayerische Holz-Berufs-Gen.	69 557	58 559	15,8
Südwestd. Holz-Berufs-Gen.	72 853	63 019	13,5
Berufs-Gen. der Musikinstr.-Ind.	32 283	23 316	27,8
Holz-Berufs-Gen. zusammen	549 498	461 700	16,0
Alle gewerblichen Berufs-Gen.	10 770 361	9 964 123	7,3

Auch hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit die aus den Arbeitslosenziffern bekannte Tatsache, daß der Beschäftigungsgrad in der Holzindustrie bei weitem schlechter ist als in der Gesamtindustrie. Die prozentuale Abnahme der Vollarbeiter

ist in den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie mehr als doppelt so groß wie im Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften. Einen noch stärkeren Rückgang weist nur das Baugewerbe auf, aber auch hier bleibt der Rückgang mit 23,6 Prozent noch hinter den Ziffern für die Musikinstrumentenindustrie (27,8 Prozent) und für die Holzindustrie in Sachsen (23,7 Prozent) zurück.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle (Betriebsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten) ist bei den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie von 59 868 auf 49 027, also um mehr als 10 000 zurückgegangen. Das sieht auf den ersten Blick erfreulich aus. Leider schrumpft dieser Rückgang sehr zusammen, wenn man die Zahl der Vollarbeiter mit zum Vergleich heranzieht. Da die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte und die unter die Unfallversicherung fallenden Berufskrankheiten zahlenmäßig nur eine geringe Rolle spielen, können wir uns auf die eigentlichen Betriebsunfälle beschränken.

Unfallhäufigkeit in der Holzindustrie:

	Gemeldete Unfälle		Entschädigte Unfälle	
	absolut	auf 1000 Vollarb.	absolut	auf 1000 Vollarb.
Sächsische Holz-Berufs-Gen. 1929	2976	65,41	454	9,98
1930	2190	63,09	383	11,03
Nordd. Holz-Berufs-Gen. 1929	37015	112,40	2298	6,98
1930	30213	107,10	2301	8,16
Bayerische Holz-Berufs-Gen. 1929	6711	96,48	579	8,32
1930	5734	97,92	559	9,55
Südwestd. Holz-Berufs-Gen. 1929	9416	129,25	695	9,54
1930	7851	124,58	553	8,78
Berufs-Gen. der Musikinstr.-Ind. 1929	1621	50,21	163	5,05
1930	1047	44,90	112	4,80
Holz-Berufs-Gen. zusammen 1929	57739	105,08	4189	7,62
1930	47035	101,87	3908	8,46
Alle gewerblichen Berufs-Gen. 1929	1034262	96,03	66494	6,17
1930	804913	80,62	61965	6,21

Bei den gemeldeten Unfällen zeigt sich auch bei der Berechnung auf 1000 Vollarbeiter noch ein Rückgang von 105,08 auf 101,87. Entscheidend für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit ist aber die Zahl der erstmalig entschädigten, das heißt der schweren Unfälle. Deren Zahl ist im Jahre 1930 von 7,62 auf 8,46 auf je 1000 Vollarbeiter, also um 11 Prozent gestiegen! Damit ist der Vorsprung, den die Holzindustrie in der Unfallhäufigkeit gegenüber dem Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften macht, nochmals vergrößert worden: in den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt ist die Zahl

## Die Arbeitslosigkeit in Zahlen

Aus den nun vorliegenden Veröffentlichungen der Reichsanstalt ist das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Krisen Jahren 1930 und 1931 zu erkennen. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug am 1. Januar 1930 2 894 798. Am 28. Februar 1930 war ein Höchststand von 3 407 696 erreicht, somit eine Zunahme um 17,7 Prozent gegenüber dem Stand am 1. Januar. Dann trat ein Rückgang ein bis zu 2 690 898 am 31. Mai. Gegenüber dem Höchststand ist das eine Verminderung um 21,0 Prozent. Dann steigt die Zahl der Arbeitssuchenden wieder bis Ende des Jahres auf 4 438 910 oder um 65,0 Prozent.

Im Jahre 1931 lagen die Zahlen wesentlich höher. Der winterliche Höchststand wurde am 15. Februar mit 5 062 270 erreicht; das bedeutet gegen den Stand am Jahresbeginn eine Zunahme um 14,0 Prozent. Dann sinkt die Zahl bis zu dem Tiefstand von 4 082 596 am 30. Juni um 19,4 Prozent. Von da an steigt sie bis Jahresschluß um 40,7 Prozent auf 5 745 809.

Zieht man von dieser Zahl die in gekündigter und ungekündigter Stellung befindlichen und die in Notstands- und Fürsorgearbeit beschäftigten Personen ab, dann bleiben am 31. Dezember 1931 5 668 187 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern.

Die Arbeitslosen nach der Art der Unterstützung.

Zeitpunkt	Arbeitslose überhaupt	Hauptunterstützungsempfänger				Wohlfahrts-erwerbslose		Nichtunterstützte	
		Arbeitslosenversicherung Absolut	Proz.	Krisenfürsorge Absolut	Proz.	Absolut	Proz.	Absolut	Proz.
31. 12. 30	4 383 843	2 165 737	49,4	667 001	15,2	760 782	17,4	790 323	18,0
31. 3. 31	4 743 931	2 316 971	48,8	923 552	19,5	940 071	19,8	563 337	11,9
30. 6. 31	3 953 946	1 412 313	35,7	941 344	23,8	1 017 161	25,7	583 128	14,8
30. 9. 31	4 354 983	1 344 772	30,9	1 139 592	26,2	1 207 729	27,7	662 890	15,2
31. 12. 31	5 668 187	1 641 831	29,0	1 506 036	26,6	1 565 346	27,6	954 974	16,8

Von den Arbeitslosen erhält aber nur ein Teil Arbeitslosenunterstützung. Aus unserer Übersicht ist zu erkennen, wie die Unterstützungslast in steigendem Maße von der Arbeitslosen- auf die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung abgewälzt wird.

Über den Familienstand der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung gibt eine Stichtagserhebung Auskunft. Am 15. August 1931 waren lediglich von den männlichen Unterstützten 38,3 Prozent, von den weiblichen 62,6 Prozent verheiratet 58,5 Prozent der männlichen und 28,8 Prozent der weiblichen; verwitwet, geschieden oder getrennt lebend waren 3,2 Prozent der männlichen und 8,6 Prozent der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger.

Die Zahl der Familienzuschlagsempfänger schwankt an den einzelnen Stichtagen, doch zeigen die Zahlen die Tendenz zur Steigerung. Auf je 100 Hauptunterstützungsempfänger kamen Zuschlagsempfänger in der Arbeitslosenversicherung am 15. Januar 190,8, am 15. Dezember 95,7. In der Krisenfürsorge waren es 100,5 und 120,8.

Eine Übersicht über die Verteilung der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge auf die verschiedenen Berufsgruppen ermöglicht eine Aussonderung der Holzarbeiter. Nachstehend geben wir die Zahlen für vier Stichtage und zugleich den Anteil der unterstützten Holzarbeiter an der Gesamtzahl der Unterstützten:

Die Holzarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge.

Zeitpunkt	Arbeitslosenversicherung (Hauptunterstützungsempfänger)				Krisenfürsorge (Hauptunterstützungsempfänger)			
	Insgesamt	Darunter Holz- und Schnitzstoffgewerbe		Insgesamt	Darunter Holz- und Schnitzstoffgewerbe			
		Absolut	Prozent		Absolut	Prozent		
1931 15. März	2 527 040	132 648	5,3	949 678	78 395	8,3		
15. Juni	1 476 112	81 473	5,5	933 480	64 892	6,9		
15. September	1 326 673	67 863	5,1	1 122 557	68 114	6,1		
15. Dezember	1 487 564	68 649	4,6	1 446 312	79 447	5,5		

Es ist auffallend, daß der Anteil der Holzarbeiter in der Krisenfürsorge verhältnismäßig viel höher ist als in der Arbeitslosenversicherung. Das deutet darauf hin, daß im Holzgewerbe die Zahl der langfristig Arbeitslosen den Gesamtdurchschnitt wesentlich übersteigt. Eine starke Steigerung hat auch die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter in der zweiten Dezemberhälfte erfahren. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden insgesamt um 305 664 oder um 5,6 Prozent erhöht. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe betrug die Steigerung in der gleichen Zeit 29 096 oder 10,8 Prozent. Die Zahl der arbeitssuchenden Holzarbeiter stieg damit auf 299 391. Das sind um 19,9 Prozent mehr als am Ende des Jahres 1930.

Januar 44,4 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Die Zahl der Kurzarbeiter ist in der gleichen Zeit von 21,9 auf 22,3 Prozent gestiegen. In der Saisongruppe haben die Maler mit 89,7 Prozent die höchste Arbeitslosigkeit, wozu noch 6,5 Prozent Kurzarbeiter kommen. Die Steinarbeiter haben 89,1 Prozent Arbeitslose und 1,8 Prozent Kurzarbeiter. Die Zimmerer zählen 88,8 Prozent und der Bauergewerksbund 88,0 Prozent Arbeitslose.

Bis Ende Januar 1932 ist die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen auf 6 041 371, von denen sich 1 885 333 in der Arbeitslosen- und 1 596 000 in der Krisenfürsorge befanden. Auch in der Statistik der Gewerkschaften brachte der Januar eine Steigerung der Arbeitslosigkeit. Ende Dezember waren 42,8 Prozent, Ende

In der Konjunkturgruppe beträgt der Durchschnitt 35,2 Prozent Arbeitslose und 26,7 Prozent Kurzarbeiter. Hier steht der Holzarbeiter-Verband mit 64,0 Prozent Arbeitslosen an erster Stelle, dagegen bleibt er mit 12,2 Prozent Kurzarbeitern weit unter dem Durchschnitt. Das besagt, daß man von der Streckung der geringen noch vorhandenen Arbeitsgelegenheit im Holzgewerbe verhältnismäßig wenig Gebrauch macht. Im ganzen ergeben die zahlenmäßigen Berichte vom Arbeitsmarkt ein grauenerregendes Bild, und im Holzgewerbe liegen die Dinge besonders schlimm.



# Statistischer Unfug

Vor kurzem erst (siehe Nr. 1 der „Holz- arbeiter-Zeitung“) haben wir die irreführende Lohnstatistik des Statistischen Reichsamtes kritisiert. Heute müssen wir feststellen, daß das Statistische Reichsamt fortfährt, irreführende Zahlen über die Tariflöhne im Holzgewerbe zu veröffentlichen.

In Heft 3 von „Wirtschaft und Statistik“ finden wir eine Übersicht über die Entwicklung der Tariflöhne bis zum Januar 1932. In der Tabelle sind für 17 Gewerbe die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne für Fach- und für Hilfsarbeiter nach dem Stande vom 10. Januar 1927, 1. Juli und 1. Dezember 1931 und 1. Januar 1932 angegeben. Aus dem begleitenden Text geht hervor, daß die Tarifsätze am 1. Januar 1932 gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1931 im Durchschnitt aller Arbeitergruppen eine Senkung um 9,6 Prozent erfahren haben. Wird der Gesamtdurchschnitt für das Jahr 1928 mit 100 angenommen, dann beträgt der Vergleichswert für den 1. November 1931 100,1, für den 1. Dezember 1931 99,0 und für den 1. Januar 1932 89,5. Im einzelnen betrug die Senkung für Facharbeiter 9,1 Prozent, Angelernte 10,2 Prozent, Hilfsarbeiter 9,3 Prozent, weibliche Fach- und angelernte Arbeiter 11,4 Prozent und Hilfsarbeiterinnen 11,3 Prozent.

In der Tabelle erscheint das Holzgewerbe am 1. Januar 1932 mit dem höchsten Tariflohnstand, nämlich 107,5 Pf. für Facharbeiter und 88,3 Pf. für Hilfsarbeiter. Während die Senkung vom 1. Dezember 1931 bis 1. Januar 1932 im Gesamtdurchschnitt, wie erwähnt, 9,6 Prozent beträgt, beträgt die Senkung für das Holzgewerbe nur 4,2 Prozent für Facharbeiter und 3,9 Prozent für Hilfsarbeiter. Die Senkung der Tariflöhne wäre hiernach im Holzgewerbe im weitaus geringsten Maße erfolgt.

Unsere Kollegen, die die Lohnsenkung empfindlich am eigenen Leibe verspürt haben, werden erstaunt sein, aus der amtlichen Statistik zu erfahren, daß sie bei dem allgemeinen Lohnabbau so gut davongekommen sind. Ihre Zweifel sind berechtigt. Die amtlichen Zahlen sind, zum mindesten soweit das Holzgewerbe in Betracht kommt, falsch!

Das Statistische Reichsamt salviert sich mit einer Fußnote. Aber diese ist so formuliert, daß nur bei ganz aufmerksamer Betrachtung und beim Nachschlagen in einem früheren Jahresband von „Wirtschaft und Statistik“ der Sachverhalt zu erkennen ist.

Die hier besprochene Tabelle steht auf Seite 82 des Heftes. Die Fußnote bei Holzgewerbe lautet: „S. Anm. 2 der Übersicht auf S. 83.“ Folgt man diesem Hinweis, dann findet man: „Siehe Anm. 12 zur Übersicht in „W. u. St.“, 11. Jg. 1931, Nr. 23, Seite 832.“ Wir haben diese Anmerkung in unserm eingangs erwähnten Aufsatz in Nr. 1 der „Holzarb.-Zeitung“ zitiert; sie lautet: „Ab 1. Oktober 1930 trat in zahlreichen Gebieten des Holzgewerbes ein tarifloser Zustand ein, der auch gegenwärtig für eine Reihe von Tarifgebieten noch fort dauert. Um die Vergleichbarkeit mit den früheren Ergebnissen aufrechtzuerhalten, sind für die Gebiete mit tariflosem Zustand bei der Durchschnittsberechnung jeweils die zuletzt gültigen Sätze eingestellt worden.“

Wir müssen die Unterstellung, als ob in den Gebieten mit tariflosem Zustand die Löhne ungekürzt erhalten geblieben wären, als groben Unfug bezeichnen.

Ein wenig sucht man diesen Unfug in einer anderen Tabelle abzumildern, in welcher die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhnsätze in den höchsten tarifmäßigen Altersstufen der verschiedenen Berufsgruppen am 1. Dezember 1931 und 1. Januar 1932 verglichen werden. Hier finden wir bei Holzgewerbe die folgenden Zahlen, von denen die erste den Lohn vom 1. Dezember 1931, die andere den vom 1. Januar 1932 je in Pfennigen angibt: Facharbeiter 112,2 und 107,5, Angelernte 100,6 und 96,8, Hilfsarbeiter 91,9 und 88,3. Unter dieser Zahlenreihe folgt eine weitere mit eingeklammerten Zahlen: in der gleichen Reihenfolge lauten diese: 105,2 und 94,0, 95,4 und 85,3, 86,7 und 77,3. Die eingeklammerten Zahlen sind, wie die Fußnote sagt, „für die Gebiete berechnet, in denen jeweils Tarifbestanden“.

Auch in dem begleitenden Text ist das Holzgewerbe erwähnt. Wir zitieren wörtlich: „Im Holzgewerbe wird ein Vergleich dadurch erschwert, daß in einer größeren Anzahl von Vertragsgebieten tarifloser Zustand herrscht und auch bis zum 1. Januar 1932 eine tarifliche Regelung noch nicht erreicht war. Berücksichtigt man nur die Vertragsgebiete, in denen mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die Lohnsätze entsprechend der Notverordnung geregelt waren, so ergibt sich für diese ein Rückgang gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1931 bei den Facharbeitern um 10,6 v. H. und bei den Hilfsarbeitern um 10,8 v. H.“

Dieser Rückgang von 10,6 und 10,8 Prozent sieht schon ganz anders aus als der in der Tabelle festgestellte von 4,2 und 3,9 Prozent. Der Unfug, für die Gebiete, in denen eine tarifliche Regelung nicht bestand, mit den letzten Tariflöhnen zu rechnen, ist aber um so größer, als gerade in diesen Gebieten die Lohnabzüge besonders groß sind. Wurde doch bei den Verhandlungen zur Neuschaffung von Tarifen von Unternehmervertretern behauptet, daß sie die geltenden Löhne erhöhen müßten, wollte man sie auf den Stand vom 10. Januar 1927 bringen.

Wir haben diesen Gegenstand so ausführlich erörtert, weil es sich um eine Frage von hoher praktischer Bedeutung handelt. Im Reichsarbeitsministerium werden Anträge auf Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen verschleppt, und sie werden vermutlich abgelehnt werden, weil das Lohnniveau den entscheidenden Stellen zu hoch erscheint. Manche Anzeichen lassen darauf schließen, daß man im Reichsarbeitsministerium die Absicht hat, noch stärker auf die Löhne der Holzarbeiter zu drücken. Die Begründung für solche Pläne schöpft man aus den Tabellen des Statistischen Reichsamtes. Versteckte Bemerkungen im Text und unklare Fußnoten werden dabei leicht übersehen.

Wir wiederholen daher: Die Nachweise des Statistischen Reichsamtes über die Höhe der Tariflöhne im Holzgewerbe sind falsch! Es ist Zeit, daß mit dem Unfug der Veröffentlichung solcher falschen Zahlen Schluß gemacht wird.

## Aus der Fahrzeugindustrie

Das Autotransportgewerbe hat sich mit seiner steigenden Betriebsicherheit im Laufe der Jahre mehr und mehr der Güterbeförderung angenommen. Zweifellos hat der Lastwagentransport manches Angenehme. Das für Bahngüter zeitraubende Umladen der Güter kommt in Fortfall, das Auto ist an keine Schienenstränge gebunden und kann ohne besondere Schwierigkeiten seine Lasten vom Abgangsnach dem Bestimmungsort bringen.

Diese Abwanderung der Güter empfindet aber die Deutsche Reichsbahn als eine große Konkurrenz, deren sie sich zu erwehren sucht. Aber auch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931, die am 1. November 1931 in Kraft getreten ist, hat die bisherigen Differenzen anscheinend nicht beseitigt.

Durch die Notverordnung wurden Autotransporte über 50 Kilometer hinaus konzessionspflichtig, und sie müssen nach den gesetzlichen Frachtsätzen erfolgen. Das bedeutet eine Verteuerung für den Lastwagenverkehr. Dagegen hat der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie Einspruch erhoben mit der Begründung, daß nunmehr der Lastwagenverkehr keine billigen Massengüter mehr befördern könne. Das Reichsverkehrsministerium begründete die getroffenen Maßnahmen mit dem Hinweis, daß die Deutsche Reichsbahn der wertvollste Besitz des deutschen Volkes sei, ihr dürften aus volkswirtschaftlichen Gründen durch ungesunden Wettbewerb die ihr zustehenden Massenfrachten nicht entzogen werden. Die Anordnung solle gleichzeitig die bis zur Unerträglichkeit eingetretene Belastung der Landstraßen und der Wegebaupflichten abschwächen und einen Ausgleich herbeiführen. Über die Wirkung der neuen Bestimmungen kann man noch nicht urteilen. Tatsache ist aber, daß der Güterverkehr der Reichsbahn im November 1931 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 11,7 Prozent zurückgegangen ist, der Personenverkehr für den gleichen Monat um 19,7 Prozent.

Für die Arbeiter in den Waggonbetrieben sind das wenig erfreuliche Aussichten. Die Reichsbahn ist für diese Betriebe die größte Auftraggeberin, und sie müßte Maßnahmen treffen, um es den Betrieben zu ermöglichen, die eingeschulten Kräfte zu erhalten. Schritte, die von Seiten der Arbeitervertretung nach dieser Richtung unternommen wurden, waren nicht ganz erfolglos, konnten aber bei der allgemeinen Stockung des Geschäftsganges nicht in die Erscheinung treten.

Auch die Automobilindustrie hatte nach einem vom Reichsverband der deutschen Automobilindustrie gegebenen Überblick über die Gesamterzeugung einen Rückgang von 19 Prozent. Die Produktion von Kraftwagen betrug danach im Jahre 1931 in Deutschland 76 000, gegen 93 900 im Vorjahr. Dabei wurde ein wesentlicher Rückgang im Zusammenbau in den ausländischen Montagebauwerkstätten festgestellt (in Frage kommen Citroën, Ford und General Motors). Die Fertigstellung betrug im Jahre 1930 noch 22 750 Wagen und ging im Jahre 1931 auf 10 250 zurück, also um 55 Prozent, wodurch, erstmalig eine erhebliche Zurückdrängung der ausländischen Konkurrenz vom deutschen Innenmarkt erreicht wurde.

Für das erste Halbjahr 1930 konnte berichtet werden, daß der Export an Kraftfahrzeugen eine beachtenswerte Steigerung aufweist und im Vergleich mit der Zeit vom Januar bis Juni 1930 um mehr als 56 Prozent gestiegen ist. Deutschland stand mit seinem Automobilbestand von 679 300 Wagen am 1. Januar 1931, gemessen am Weltbestand, an fünfter Stelle. Bei gesteigerter Kaufkraft würden sich Möglichkeiten des weiteren Aufrückens ergeben, die zur Zeit wegen der allgemeinen Wirtschaftskrise gehemmt sind.

Wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Zahl der in den Fahrzeugbetrieben beschäftigten Holzarbeiter auswirken, zeigt ein kleiner Ausschnitt unserer

jährlichen Umfrage. Die Umfrage, deren Ergebnis allerdings auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt, ergab:

Jahr	Orte	Betriebe	Beschäftigte	Lehrlinge
1927	59	1014	10594	1121
1928	59	964	11650	834
1929	56	768	9583	915
1930	64	826	6451	666
1931	49	688	3045	479

Die Zahl der Beschäftigten ist nicht nur stark zurückgegangen, die Ermittlung hat auch ergeben, daß von den in den Betrieben verbliebenen 3045 Holzarbeitern annähernd die Hälfte bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt war. Der erhebliche Verschleiß aller Beförderungsmittel berechtigt bei alledem zu der Hoffnung, daß es doch bald wieder aufwärtsgehen muß.  
E. Fuhrmann.

## Eine betriebswirtschaftliche Tagung in Berlin

Zum Thema „Kostenaufbau, Kostensenkung, Preisgestaltung“ veranstalten das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und der Verband der Dozenten für Betriebswirtschaftslehre an deutschen Hochschulen unter Mitwirkung führender Verbände eine Diskussions- tagung am 3. und 4. März 1932. Am 3. März beginnt die Tagung mit einem Vortrag des Prof. Dr. Geldmacher (Köln) über „Die Gesetzmäßigkeit im Aufbau der Kosten.“ Es folgen dann Berichte über den Aufbau und die Gliederung der Kosten unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas für den Kostenaufbau, und zwar für Bergbau und Hüttenwesen von Oberingenieur Kreis (Dortmund), für die Industrie von Dr.-Ing. Preisler (Leipzig), für das Handwerk von Prof. Dr. Rößle (Bonn), für die Land- und Forstwirtschaft von Prof. Dr. Ries (Bornim), für den Handel von Staatssekretär z. D. Prof. Dr. J. Hirsch (Berlin), für die öffentliche Wirtschaft von Dr. van Auel (Berlin). In der anschließenden Diskussion werden die Vertreter der Praxis auf Grund ihrer besonderen Erfahrungen an Hand von Einzelbeispielen den Einfluß der verschiedenen Kostenarten auf die Kalkulation erläutern. Am 4. März sprechen Prof. Dr. Beste (Dresden) über „Wertansatz der Kosten in der Preiskalkulation“, Prof. Dr. Mahlberg (Freiburg) über „Lohn und Zins als Grundkosten“, Prof. Dr. Kalveram (Frankfurt am Main) über „Die Abschreibung in der Kalkulation“, Prof. Dr. Schmidt (Frankfurt am Main) über „Gewinnspanne und Preispolitik“, Prof. Dr. Großmann (Leipzig) über „Steuern und Abgaben als Kostenfaktor“, Prof. Dr. Lehmann (Nürnberg) über „Sozialaufwand als Kostenfaktor“, Prof. Dr. Prion (Berlin) über „Finanzieller Aufbau der Unternehmung und Preisgestaltung“. Im Anschluß daran wird der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, „Technik und Entwicklung der Preissenkung“ behandeln.

Zu den Referaten der Hochschullehrer werden in der Diskussion wiederum Vertreter der Praxis sowohl aus den Betrieben als auch von den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter Stellung nehmen. Die Tagung findet im Langenbeck-Virchow-Haus, Berlin NW, Luisenstraße 58/59, statt und beginnt um 9 Uhr vormittags. Interessenten erhalten Eintrittskarten durch die Geschäftsstelle des RKW.

## Gewerkschaftliche Ferienreisen

Die Kulturabteilung des Ortsausschusses Leipzig des ADGB, veranstaltet in Gemeinschaft mit den Ortsausschüssen Berlin und Chemnitz auch in diesem Jahre wieder Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Wer sich für diese Reisen interessiert, der sende 40 Pf. an die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6a, dafür erhält er das reich illustrierte Reiseheft zugesandt.

Auch der Gemeinnützige Verkehrs- und Reiseverein Groß-Hamburg e. V., Hamburg 15, Nagelsweg 14, veranstaltet wieder Ferienreisen und vermittelt Ferienaufenthalte. Alles Nähere darüber ist aus dem Reiseheft zu ersehen, das ernsthaft Interessenten auf Wunsch zugesandt erhalten. Dieser Hamburger Verkehrs- und Reiseverein ist eine Gründung der örtlichen Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften.

## Professor Hitler

Die braunschweigische Regierung will den Nazi- hauptling Hitler zum Professor der angewandten Pädagogik ernennen, um ihn auf diese Weise zum deutschen Staatsangehörigen zu machen.



Unsere wichtigste Aufgabe im Dritten Reich ist das Köpfe- rollen- lassen. Hier sehen Sie einen vorzüglichen Apparat.





# Aus dem Verbandsleben



## Lohnabbaukurs des Reichsarbeitsministers

Mit der Ablehnung des Antrages auf Verbindlicherklärung des am 21. August 1930 gefällten Schiedsspruches des zentralen Lohnamtes für das deutsche Holzgewerbe begann die amtliche Förderung des Lohnabbaues und der Zerschlagung der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen im deutschen Holzgewerbe. Es war das erstmalig, daß unser Verband das Reichsarbeitsministerium in Anspruch genommen hatte, um einem gefällten Schiedsspruch Rechtskraft zu geben. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat damals die Ablehnung persönlich unterzeichnet und sich darauf beschränkt, zur Begründung auf Artikel I, § 6 der Schlichtungsordnung zu verweisen. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß er die Lohnsätze des Schiedsspruches für unbillig hielt.

Den damit eingeschlagenen Kurs hat das Reichsarbeitsministerium in der Folge eingehalten, und wo man glaubte, Abweichungen von dieser Linie beobachten zu können, hat es sich bald als Irrtum erwiesen.

Durch die Entscheidung des Reichsarbeitsministers war die zentrale Lohnregelung im deutschen Holzgewerbe beseitigt; die Nichterneuerung des am 15. Februar 1931 abgelaufenen Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe war die logische Folge. Der Inhalt des Mantelvertrages war allerdings damit nicht aus der Welt geschafft. Er ist in die selbständigen Bezirksarbeitsverträge übergegangen, und wo solche nicht abgeschlossen werden konnten, wurde er von vielen Einzelunternehmern anerkannt.

Das Streben der Unternehmer nach maßlosem Abbau der Löhne wurde das ganze Jahr 1931 hindurch vom Reichsarbeitsministerium intensiv gefördert. Wo das Ministerium nicht direkt eingriff, erhielten die Schlichter entsprechende Anweisungen. Die Befugnis, Schiedssprüche für verbindlich zu erklären, wurde offensichtlich nur in dem Sinne gehandhabt, daß die Arbeiter gehindert wurden, sich gegen Vergewaltigung zur Wehr zu setzen. Das konnte man in verschiedenen Gewerben beobachten. Besonders drastisch in dem Fall, der das württembergische Holzgewerbe betraf. Als der Stuttgarter Schlichtungs Ausschuss einen zweiten starken Lohnabbau diktiert hatte, beantragten die Unternehmer die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches. Unsere Kollegen trafen Anstalten, sich zur Wehr zu setzen, da sprach der zuständige Schlichter überraschend schnell die Verbindlichkeit des Schiedsspruches aus. Er wartete nicht einmal den von ihm selbst angesetzten Termin ab, an dem die eingeleitete Nachverhandlung zu Ende geführt werden sollte. Offensichtlich hat er dabei nach den ihm von Berlin zugegangenen Weisungen gehandelt. Dagegen hatte man es in einer Reihe anderer Fälle mit der Entscheidung über Anträge der Arbeiter auf Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen nicht sehr eilig; in der Regel wurden diese Anträge nach monatelanger Ablagerung schließlich abgelehnt.

Wie sehr man im Reichsarbeitsministerium darauf bedacht war, die Tarifverträge im Holzgewerbe „aufzulockern“, zeigt das Beispiel des Bezirks Sachsen-Anhalt. Dort wurde die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages noch vor dessen Ablauf aufgehoben. Im Herbst 1931 hatte sich im Reichsarbeitsministerium eine Anzahl von Anträgen auf Verbindlicherklärung von Lohnschiedssprüchen angesammelt. Am 3. November hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald persönlich entschieden, daß sie abgelehnt werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verbindlicherklärung nicht gegeben sind.

Die Erklärung für dieses Verhalten konnte man in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erblicken, die damals im Ministerium vorbereitet wurde. In dem Augenblick, wo ein weit stärkerer

Lohnabbau vorbereitet wurde, wollte man einen geringeren Abbau nicht mehr durch Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen sanktionieren.

Aber dann schien es, als wollte das Reichsarbeitsministerium sein Wüten gegen den Tarifvertrag im Holzgewerbe einigermaßen wieder gutmachen und wirkliche Hilfe für die Schaffung von Tarifverträgen leisten. Es war jedoch nur eine kurze Schwankung; sehr bald ist das Ministerium zu seinem alten Lohnabbaukurs zurückgekehrt.

Der Schlichter für Südwestdeutschland, Herr Dr. Kimmich, der den oben erwähnten Schiedsspruch für das Holzgewerbe in Württemberg mit so großer Eile für verbindlich erklärt hatte, wurde als Sonderschlichter bestellt, um bei der Schaffung von Tarifverträgen in einigen Bezirken Hilfe zu leisten. Das Ergebnis seines Wirkens liegt nun vor: Der Schiedsspruch für den Freistaat Sachsen. Die Vermutung liegt nahe, daß er mit dem Abschluß dieses Verfahrens schon weiter gegangen ist, als man im Reichsarbeitsministerium wollte. Der Sonderschlichter folgte wohl einem Wink aus dem Ministerium, als er den anberaumten Termin zur Fortsetzung der Vertragsverhandlungen in Berlin wieder aufhob und dann darauf verzichtete, sich gegenüber der Sabotage der Unternehmer in Schlesien und in Thüringen durchzusetzen. Herr Dr. Kimmich wollte keine weiteren Schiedssprüche fällen, ehe das Reichsarbeitsministerium über die ihm vorliegenden Anträge auf Verbindlicherklärung der Schiedssprüche für Baden, Sachsen und Lippe-Detmold entschieden hat.

Mit dem Schiedsspruch für Baden hat es übrigens eine eigene Bewandnis. Im Herbst vorigen Jahres hat Dr. Kimmich dort zwei Schiedssprüche gefällt, von denen der eine sich auf einen neuen Mantelvertrag, der andere auf ein Lohnabkommen bezog. Für beide war die Verbindlichkeit beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat nicht nur dem Lohnschiedsspruch, sondern auch dem Mantelvertrag die Verbindlichkeit verweigert. Für die Ablehnung bezüglich des Mantelvertrages ist ein vernünftiger Grund nicht erkennbar. Der Reichsarbeitsminister hat damals die Ablehnung der beantragten Verbindlicherklärungen im Ramsch erledigt, und dabei dürfte der Mantelvertrag für Baden mit in den Papierkorb geflogen sein.

Nun hat Herr Dr. Kimmich erneut Mantelvertrag und Lohn für Baden durch Schiedsspruch geregelt, und die Parteien warten auf die Erledigung des Antrages auf Verbindlicherklärung. Dazu liegt im Reichsarbeitsministerium der gleichfalls von Dr. Kimmich gefällte Schiedsspruch für Sachsen und schließlich der Schiedsspruch des zuständigen Schlichters für Lippe-Detmold vor. Am 28. Januar und am 1. und 3. Februar haben die üblichen Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Dem Drängen auf Entscheidung begegnet man dort mit dem Trost, daß man die weiteren Schiedssprüche abwarten wolle, um dann gemeinsam für das Holzgewerbe zu entscheiden. Dagegen vermeidet es der Schlichter, weitere Schiedssprüche zu fällen, weil er erst sehen will, wie sein Werk im Reichsarbeitsministerium beurteilt wird. Schließlich kann man sein Verhalten verstehen, aber trotzdem ist dieses Spiel nicht gerade erhellend.

So wie die Dinge zur Zeit stehen, geben wir uns keinen Illusionen hin. Die Verbindlicherklärung für die ihm vorliegenden Schiedssprüche ist vom Reichsarbeitsministerium nicht mehr zu erwarten. Ob die Anträge abgelehnt werden oder man abwartet, bis die Geltungsdauer der Schiedssprüche abgelaufen ist, ist gleichgültig. Der Kurs des Reichs-

arbeitsministeriums geht offensichtlich dahin, das Streben jener Unternehmergruppen zu fördern, die den Tarifvertrag im Holzgewerbe völlig beseitigen wollen. Wir müssen uns darauf einrichten, daß wir bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur die Unternehmer, sondern auch das Reichsarbeitsministerium als Gegner haben.

## Eine schwere Geburt

Durch eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 5. Februar 1932, die den Parteien am 16. Februar zugestellt wurde, ist der Landestarifvertrag für das Holzgewerbe in Bayern vom 26. März 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Mit dieser Entscheidung hat ein langwieriger und für die Beteiligten nicht gerade erhebender Prozeß seinen vorläufigen Abschluß gefunden.

Der nun für allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag ist mit den Arbeitgeberverbänden in Nord- und Südbayern abgeschlossen worden. Der Schreinermeisterverband machte nicht mit. Mit ihm ist gesondert verhandelt worden. Am 12. Juni 1931 war man so weit, daß die Vertreter des Schreinermeisterverbandes die Anerkennung des Vertrages in sichere Aussicht stellten. Lediglich wegen des Fehlens des Innungsvertreters aus Augsburg wurde die Unterzeichnung hinausgeschoben. Aus der Geschichte wurde aber nichts, denn der Schreinermeisterverband beschloß auf den Einspruch seines Kreisverbandes Schwaben-Neuburg, die getroffene Vereinbarung nicht zu unterzeichnen.

Nunmehr wurden die einzelnen Unternehmer zur Anerkennung des Tarifvertrages angehalten; von einem großen Teil von ihnen wurde auch die Unterschrift geleistet. Somit hatte der Tarifvertrag die überwiegende Bedeutung, und Anfang August 1931 wurde beim Reichsarbeitsministerium beantragt, den Landestarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Erledigung des Antrages wurde hier nicht für dringlich gehalten. Um so energischer verlangte der Arbeitgeberverband, daß auch der Schreinermeisterverband dem Tarifvertrag unterstellt werde.

Um die Sache vorwärtszutreiben, wurde dann der Landeschlichter angerufen. Die Innungen wurden geladen, und am 9. November war man so weit, daß die Schlichterkammer einen Schiedsspruch fällte, der sich auf 49 Innungen bezog, die durch den Schreinermeisterverband vertreten waren. Der Inhalt des Schiedsspruches entsprach dem Landestarifvertrag vom 26. März 1931. Die Innungen lehnten, wie voraussichtlich war, den Spruch ab, hauptsächlich wegen der Bestimmungen über die Entschädigung der Lehrlinge. Es wurde also beantragt, den Schiedsspruch vom 9. November für verbindlich zu erklären. Hierfür ist das Ministerium in München zuständig.

Nun entspann sich ein anmutiges Fangballspiel zwischen Berlin und München. Es liefen zwei verschiedene Verfahren, die den gleichen Gegenstand betrafen, nämlich die Ausdehnung des Geltungsbereichs des Landestarifvertrages auf die Mitglieder des Schreinermeisterverbandes. Der Zweck konnte sowohl durch die vom bayerischen Ministerium auszusprechende Verbindlicherklärung des Schiedsspruches vom 9. November als auch durch die Allgemeinverbindlichkeit des Landestarifvertrages erreicht werden, für die das Reichsarbeitsministerium zuständig ist. In Berlin sagte man, die Sache sollten doch die Bayern allein erledigen, in München dagegen wollte man die Verantwortung den Herren in Berlin überlassen. So wurde der Antrag auf Verbindlicherklärung des Schiedsspruches abgelehnt.

Der Streitpunkt war die alte, eigentlich längst von allen maßgebenden Stellen entschiedene Frage, ob die Entschädigungssätze für die Lehrlinge durch Tarifvertrag geregelt werden können. Eine übermäßige Bedeutung legen die bayerischen Schreinermeister der Sache gar nicht bei, aber sie werden gedrängt von den Handwerkerorganisationen, den Handwerkskammern, dem Reichsverband des Tischlergewerbes und dem Handwerks- und Gewerkekammertag, die auch als Protestler gegen die Anträge auf Verbindlichkeit wieder auf Allgemeinverbindlichkeit auftraten.

Nach langem Hin und Her glaubte man die Widerstände überwunden zu haben, da kam das Reichsarbeitsministerium am 23. Januar 1932 mit neuen Bedenken. Es verlangte einen Nachweis, daß auch unter Berücksichtigung der Lehrlinge die überwiegende Bedeutung des Vertrages gegeben sei. Dieses Verlangen berührte etwas eigenartig, denn die Voraussetzung für die Allgemeinverbindlichkeit ist sonst die überwiegende Bedeutung des Vertrages, die dem Antragsteller nachzuweisen aufgegeben wird. Hier wurde dieser Nachweis auch für eine einzelne Vertragsbestimmung gefordert. Aber auch diesem Verlangen konnte entsprochen werden, und so wurde endlich entschieden, daß der Landestarifvertrag vom 26. März 1931 mit Wirkung vom 1. Februar an allgemeinverbindlich ist.

Von dem räumlichen Geltungsbereich sind die Betriebe der Möbelindustrie in Coburg, Weitrumsdorf-Coburg und Neustadt bei Coburg ausgenommen. Die Ausdehnung der Allgemeinverbindlichkeit auf diese Betriebe hat sich das Reichsarbeitsministerium vorbehalten, um zuvor noch zu prüfen, ob der Tarifvertrag auch für diese Betriebe tragbar ist. Es steht allerdings zu befürchten, daß die Zeit dazu nicht mehr ausreichen wird. Der endlich für allgemeinverbindlich erklärte Landestarifvertrag ist bereits von den Unternehmern zum Ablauf am 30. April gekündigt.

Sehr groß ist die praktische Bedeutung der Entscheidung nicht mehr, aber es ist doch interessant, an einem solchen Beispiel zu sehen, wie schwer es ist, die Behörden zu veranlassen, für eine kleine Minderheit die gleichen Arbeitsbedingungen festzusetzen, wie sie von der großen Mehrheit vertraglich anerkannt sind. Es war eine schwere Geburt, aber erfreulicherweise ist der Akt nun vorüber. Viel hat nicht gefehlt, dann wäre das Kindlein tot zur Welt gekommen.

## Neusalz a. d. Oder

Am 6. Februar starb unser Kollege Otto Lange. Mit ihm haben wir einen der Besten unserer örtlichen Bewegung verloren. Lange war mehrere Jahre Kassierer der Verwaltungsstelle; hier wie auch in allen anderen Ehrenämtern tat er seine volle Pflicht. Wenn es galt, für den Verband zu arbeiten, war er stets zur Stelle. Auch in den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung stand er an führender Stelle. Die Arbeiterschaft von Neusalz wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

## Westdeutsches Parkettlegergewerbe

Mit dem Arbeitgeberverband für die westdeutsche Parkettindustrie hat unser Gauvorsteher in Düsseldorf am 11. Februar einen Nachtrag zu dem geltenden Tarifvertrag vereinbart, der damit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 angepaßt wird. Der tarifliche Stundenlohn ist auf 1,28 Mk. festgesetzt und der Akkordtarif entsprechend geändert. Der Vertrag ist in dieser Fassung bis zum 30. April 1932 verlängert.

Die Kassenarbeiten sind bis zum 9. November fertig





# Holzindustrie



## Deutschlands Außenhandel mit Holzwaren

Die Zerrüttung des Weltmarktes macht sich selbstverständlich auch im deutschen Außenhandel mit Erzeugnissen der Holzindustrie bemerkbar. Bisher aber glücklicherweise nicht ganz so stark wie in vielen anderen Wirtschaftszweigen. Im Jahre 1931 betrug die Holzwarenausfuhr 1 057 846 Doppelzentner, das sind 143 768 Doppelzentner oder 11,2 Prozent weniger als im Vorjahre. Die Holzwareneinfuhr sank in der gleichen Zeit um 162 472 auf 332 765 Doppelzentner oder um 32,8 Prozent. Der Einfuhrückgang ist also weit größer als der Ausfuhrückgang.

Diese erfreuliche Tatsache ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die deutschen Exporteure sich den Weltmarktpreisen weitgehend angepaßt haben. Nur dadurch war es möglich, mengenmäßig einen allzu großen Ausfuhrückgang zu verhüten. Wertmäßig ging die Ausfuhr bedeutend mehr zurück, nämlich um 67 431 000 auf 225 067 000 Mk. oder um 23,1 Prozent. Die Einfuhr ist mengen- und wertmäßig ziemlich gleich stark zurückgegangen: der Menge nach, wie schon erwähnt, um 32,8 Prozent, dem Wert nach um 33,1 Prozent, von 66 224 000 auf 44 323 000 Mk.

Von dem Ausfuhrückgang sind alle Warengruppen betroffen, mit Ausnahme der Korkwaren; hier war 1931 die Ausfuhr um ein kleines größer (272 Doppelzentner) als im Vorjahre. Am stärksten ist der Ausfuhrückgang auch diesmal wieder bei den Musikinstrumenten. Im Jahre 1931 führten wir noch ganze 75 247 Doppelzentner Musikinstrumente aus gegen 131 376 Doppelzentner im Jahre 1930 und 285 878 Doppelzentner im Jahre 1913. Die Ursachen

dieses katastrophalen Ausfuhrückganges sind unseren Lesern bekannt; in der Hauptsache sind es die hohen Einfuhrzölle der meisten Länder. Neben den Klavieren sind es diesmal die Mundharmonikas, die einen auffällig starken Ausfuhrückgang aufzuweisen haben. Verhältnismäßig gut gehalten haben sich die Gruppen Bürsten und Pinsel, Korbwaren.

Bei der Hauptgruppe, Möbel und Holzwaren, beträgt der Ausfuhrückgang 8,9 Prozent. Dieser Rückgang geht besonders auf Kosten der Kisten und Gold- und anderen Leisten; ferner haben einen kleinen Ausfuhrückgang aufzuweisen; unfurnierte Möbel, Fenster und Türen. Erfreulich ist die Ausfuhrzunahme bei den furnierten Möbeln: gegenüber dem Vorjahre beträgt das Mehr 2776 Doppelzentner und gegenüber 1913 fast 43 000 Doppelzentner. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß davon 18 499 Doppelzentner ins Saargebiet gegangen sind, also in deutsches Gebiet, das heute aber noch unter fremder Herrschaft steht; rechnet man die Ausfuhr nach dorthin ab, so verbleibt ein Mehr von rund 24 500 Doppelzentner. Sehr günstig ist auch die Entwicklung der Sperrholzausfuhr.

Auch hinsichtlich der Einfuhrentwicklung macht eine Warengruppe eine Ausnahme: die Gruppe Käme und Knöpfe hat eine kleine Einfuhrzunahme aufzuweisen, die hauptsächlich zurückzuführen ist auf eine starke Einfuhr von Perlmutterknöpfen aus Japan und von Steinnußknöpfen aus Italien. Aber trotz der Einfuhrzunahme ist das Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr noch recht günstig, jedenfalls viel günstiger als in der Vor-

kriegszeit. Von allen Warengruppen hatten 1931 nur Korkwaren eine stärkere Einfuhr als 1913. Das war in den früheren Jahren in noch viel größerem Maße der Fall; vergleicht man die betreffende Zahlenreihe in unserer Zusammenstellung, so darf man die Hoffnung haben, daß die Einfuhr vor allem von fertigen Korkwaren in den nächsten Jahren weiter zurückgehen wird.

Alle anderen Warengruppen hatten sowohl gegenüber 1930 als auch gegenüber 1913 im Berichtsjahr einen Einfuhrückgang zu verzeichnen. Innerhalb der Warengruppen liegen die Dinge aber unterschiedlich. Nicht ganz verständlich ist die Einfuhrzunahme bei Furnieren und Wandbekleidung. Auch wenn man die Sucht nach ausländischen Furnieren in gewissen Kreisen in Rechnung stellt, bleibt die Einfuhrzunahme doch unverständlich angesichts des schweren Daniederliegens der Möbelindustrie.

Über die wertmäßige Entwicklung des deutschen Holzwarenhandels unterrichtet folgende Zusammenstellung. Im letzten Jahr

### Wertmäßige Entwicklung im Holzwarenhandel

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr- überschuß
	In 1000 Mark		
1913 ....	224 702	48 253	176 449
1925 ....	276 898	31 001	245 897
1926 ....	260 927	32 368	228 559
1927 ....	285 949	61 925	224 024
1928 ....	299 408	75 836	223 572
1929 ....	325 495	73 803	251 692
1930 ....	292 498	66 224	226 274
1931 ....	225 067	44 323	180 744

betrug der Ausfuhrüberschuß 180 744 000 Mark, das sind 45 530 000 Mk. weniger als 1930. So bedauerlich der Rückgang ist, im laufenden Jahre wird er wahrscheinlich noch viel größer sein. Fast in allen Ländern werden in diesen Wochen und Monaten neue Einfuhrerschwerungen durchgeführt, von denen die deutsche Holzwarenausfuhr hart betroffen werden wird.

## Millionendefizit der bayrischen Staatsforsten

Im Jahre 1928 hatte die bayerische Staatsforstverwaltung eine Gesamteinnahme von 97 1/2 Millionen Mark. Die nächsten Jahre brachten einen Rückgang bis auf 52,2 Millionen Mark im Jahre 1931. Der Durchschnittserlös betrug 1928 je Festmeter Derbholz 21,85 Mk., gegen 12,76 Mk. im letzten Jahr, das ist ein Rückgang um 41,6 Prozent. Anstatt des angenommenen Überschusses von 12 1/2 Millionen Mark ergibt sich ein Fehlbetrag von fast 2 Millionen Mark. Da noch auf längere Zeit mit einer schlechten Holzkonjunktur gerechnet werden muß, ist die Einschlagsmenge gegenüber dem Vorjahre um 20 Prozent herabgesetzt worden.

Im Landtage ließ die bayerische Regierung erklären, daß der „deutsche Wald den Holzbedarf der deutschen Wirtschaft vollkommen decken könne. Es wird deshalb zu seinem Schutze das Beispiel der Nachbarländer zu befolgen sein, die auch ihren Markt vor schädlicher fremder Holzeinfuhr zu schützen wissen. Es müßte der Zollschatz Hand in Hand gehen mit einem Verwendungszwang für deutsches Holz in der deutschen Papiererzeugung und bei allen öffentlichen Bauten; es müßte durch Änderung der Reichsverordnungsordnung und der baupolizeilichen Vorschriften sowie durch Werbung für den Holzhausbau die Verwendung deutschen Holzes in der deutschen Wirtschaft möglichst gefördert werden, und es müßte insbesondere die deutsche Reichsbahn nicht nur veranlaßt werden, restlos deutsches Schwellenholz zu verwenden, sondern auch ihre Frachttarife dem gesunkenen Werte des Holzes anzupassen und durch Gestaltung der Frachttarife auch dafür zu sorgen, daß das Holzangebot zwischen Überschuß- und Bedarfsgebieten innerhalb Deutschlands sich ausgleicht und nicht ein Gebiet aus dem Auslande Holz einführt, während in deutschen Überschubgebieten das Holz auf dem Lager verfault.“

## Verwendungszwang für deutsches Holz in Hessen

Wie die Zeitungen melden, hat der hessische Finanzminister mit Rücksicht auf die verschärfte Wirtschaftskrise angeordnet, daß bei Staatsbauten nur deutsches Holz verwendet werden darf. Diese Vorschrift gilt auch für alle Bauten der Provinzen, Kreise, Gemeinden, Kirchen und öffentlichen Stiftungen. Wenn in Ausnahmefällen die Verwendung ausländischen Holzes aus zwingenden Gründen nicht zu umgehen ist, so muß dafür die Genehmigung der Landesregierung eingeholt werden.

## Einfuhrerschwerungen in der Schweiz

Nachdem die Verhandlungen über die Erneuerung des von der Schweiz gekündigten deutsch-schweizerischen Handelsvertrages erfolglos geblieben sind, geht die Schweiz an eine starke Drosselung seiner Einfuhr. Für eine Reihe von Waren sind Einfuhrkontingente festgesetzt worden. Ihre Höhe ist öffentlich nicht bekannt, anscheinend werden diese nur den schweizerischen Einfuhrbehörden als Dienstanzweisung mitgeteilt. Auf diese Weise kann die Einfuhr jeden Tag mit der Behauptung, daß das Kontingent bereits verbraucht ist, verhindert werden, oder aber der Importeur zahlt den Überzoll, der teilweise viermal höher ist als der bisher übliche Zoll.

Von diesen Zollikampfmassnahmen der Schweiz wird die deutsche Holzindustrie besonders hart betroffen. Wie hoch die Einfuhrkontingente für Holz und Holzwaren sind, ist, wie gesagt, nicht bekannt, nur die Höhe des Überzolles ist veröffentlicht worden. Der Überzoll beträgt zum Beispiel für Nadelrundholz 2 Franken (Fr.) gegen 50 Rappen, für Nadelschnittholz 7,50 Fr. gegen 2,50 Fr., für Möbel und Möbelteile je nach Art der Ware 120 Fr. gegen 35 Fr., 200 Fr. gegen 45 Fr., 230 Fr. gegen 53 Fr., 300 Fr. gegen 90 Fr. und 400 Fr. gegen 100 Fr., immer je Doppelzentner.

Ferner ist der Zoll erhöht worden für Küchengeräte usw. von 40 auf 50 Fr., für Holzwerkzeuge, Faßhähne usw. von 55 auf 65 Fr., für Bürstehölzer von 20 auf 25 Fr., gleichfalls je Doppelzentner.

## Aus der englischen Korbwarenindustrie

In England gibt es nach einem Bericht in der „Times“ annähernd 9000 Korbwarenarbeiter, davon sind 2000 Blinde. Das Durchschnittsalter der englischen Korbmacher liegt zwischen 50 und 55 Jahren. Dieses hohe Durchschnittsalter ist darauf zurückzuführen, daß die jungen Leute die Korbwarenindustrie meiden, da sie ihnen keine dauernde und auskömmliche Existenz bieten kann. In dieser Hinsicht liegen die Dinge in England ähnlich wie in Deutschland und in anderen Ländern. Der Durchschnittslohn für einen englischen Korbmacher beträgt heute etwa 1 Pfund und 3 bis 5 Schilling, das sind beim heutigen Stande der englischen Währung etwa 20 Mk. Das ist ein jämmerlicher Verdienst, selbst dann noch, wenn man berücksichtigt, daß heute in England die Lebenshaltungskosten niedriger sind als in Deutschland. Trotzdem hat die englische Korbwarenindustrie auf dem heimischen Markte mit der ausländischen Konkurrenz, insbesondere mit der belgischen, schwer zu kämpfen. Ein 19-Zoll-Wäschekorb kostet den englischen Unternehmer an Material und Löhnen 3 Schilling und 10 1/2 Pence, Belgien liefert den gleichen Korb für 2 Schilling und 6 1/2 Pence. Diese Tatsache läßt auf die belgischen Lohnverhältnisse allerhand Schlüsse zu. In den letzten Jahren ist die englische Korbwareneinfuhr ständig etwas gestiegen. Damit wird nun aber Schluß sein, denn jetzt unterliegen auch Korbwaren dem neuen englischen Einfuhrzoll von 10 Prozent des Wertes.

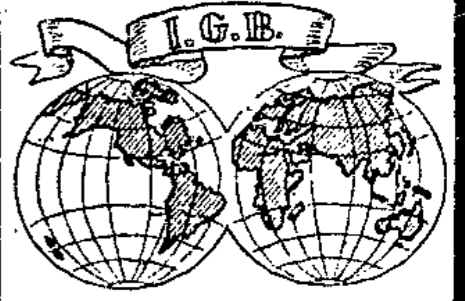
Übersicht über die Ausfuhr und Einfuhr nach Mengen und Wert.

Warengruppen	Ausfuhr						Einfuhr					
	1931	1930	1929	1928	1927	1913	1931	1930	1929	1928	1927	1913
	Menge in Doppelzentnern						Menge in Doppelzentnern					
<b>Möbel und Holzwaren</b> ....	778308	855080	831199	670590	609021	790011	285788	435057	504404	625416	417498	413857
<i>Darunter:</i>												
Furnierte Möbel .....	37220	54444	38430	28593	24564	14387	1228	4212	5018	2947	1373	594
Unfurnierte Möbel .....	52072	56070	50464	41246	47112	26005	5798	7885	5159	15570	10332	9244
Bugholz Möbel .....	23742	23081	20117	20607	23172	46657	1557	3425	5647	7685	9686	19537
Fenster, Türen und anderes	84186	86227	89150	96492	112050	141626	15520	39288	61078	74357	55585	136408
Kisten und anderes .....	107933	131106	127370	115492	129431	130374	12975	17228	37338	60112	36100	88216
Sperrholz .....	108634	96855	106937	70103	40149	19067	18105	28037	29645	34520	180820	
Furniere, Wandbekleidung	31706	29756	28405	18990	18158	19067	26904	25067	20844	20541	18720	15171
Gold- u. andere Holzleisten	11043	15684	20283	19683	18624	78441	44	50	98	78	58	199
<b>Musikinstrumente</b> .....	75247	131876	181196	184112	195210	285878	3018	5058	5676	6221	8908	7487
<i>Darunter:</i>												
Klaviere .....	18284	39788	64678	74920	91095	194224	336	370	338	436	408	
Flügel .....	5201	8370	12829	11263	9835	194224	196	361	464	332	280	1039
Harmoniums .....	2011	3288	4214	5079	6296	5621	10	37	61	57	79	653
Mechaniken .....	1807	2332	2933	3578	3835	15690	32	103	88	76	82	1042
Klavaturen .....	472	660	847	927	842							
Orgeln .....	593	956	1247	1529	1492	2606	225	305	382	447	422	896
Zithern .....	789	1233	1408	1153	1026	1996	27	10	28	25	27	47
Mundharmonikas .....	16931	23638	31370	31853	35498	24482	11	45	31	24	21	398
Ziehharmonikas .....	6928	11192	13200	11727	11009	22280	89	86	64	70	55	
<b>Bürsten, Pinsel, Siebwaren</b>	88470	37203	36889	34861	33698	30179	8028	11867	9734	9066	9480	14049
<i>Darunter:</i>												
Bürsten, grobe und feine	16978	15903	14888	14151	13577	17717	6233	8259	6417	6131	6897	6614
Bürsten, mit Bein od. Horn	2	12	24	15	34	511	4	13	19	27	48	714
Pinsel .....	10820	11668	13250	11251	11411	9687	37	87	10	8	34	260
<b>Kämme, Knöpfe</b> .....	46718	50674	48071	43455	41425	38759	7567	7232	5977	5780	6242	8481
<i>Darunter:</i>												
Perlmutterknöpfe .....	279	386	411	357	401	1268	2619	2450	2180	1825	1634	3899
Steinnußknöpfe .....	385	489	562	611	464	2906	3169	3895	3362	2347	3215	3672
Knöpfe aus Horn oder Knochen .....	1130	1538	1645	1577	1842	1767	39	75	72	81	150	673
Kämme, Knöpfe aus Zellhorn und Galalith	44832	48169	45346	40831	38593	27665	1714	1802	1346	1511	1228	859
<b>Korbwaren</b> .....	35325	37959	38061	36553	38215	40598	10410	18129	13986	18556	9256	22973
<i>Darunter:</i>												
Korblecht- und andere Flechtwaren .....	19227	20167	18254	17402	19498	18763	2885	2636	3506	3889	3759	13540
Lackierte usw. Flechtwaren	12805	13648	14667	14313	14300	18264	810	702	512	439	293	1656
<b>Korkwaren</b> .....	61228	60856	56074	48120	35519	54986	17055	21882	38310	34122	31634	16656
<i>Darunter:</i>												
Platten und Scheiben .....	46488	45567	40224	31709	26777	44596	2715	4387	5236	5087	3987	2629
Korkstopfen .....	941	1452	1962	1861	1524	5082	10000	12711	15619	14432	14747	12710
Andere Korkwaren .....	6576	9487	10028	6920	5728	2095	547	517	960	727	382	331
<b>Stücke aller Art</b> .....	2042	2201	2818	2689	2508	5793	553	858	1143	1340	1740	6057
<b>Lein-, Farb- u. Kohlenstoffe</b>	21578	35216	31097	27257	2423	46975	378	680	722	588	751	1104
<b>Zusammen</b>	1057846	1201614	1223892	1025129	926517	1288179	622765	895287	103112	696170	1036110	190588
Prozentsatz von 1913	83,3	94,7	96,5	82,4	77,4	100,0	67,8	100,9	117,3	141,9	98,6	100,0





# Gewerkschaftsbewegung



## Tagung des Bundesausschusses

Der Ausschuss des ADGB. trat am 15. Februar zu einer Tagung zusammen, die sich auch noch auf den folgenden Tag erstreckte und sich mit außerordentlich wichtigen Fragen beschäftigte. Der Bundesvorsitzende Leipart, der die Sitzung leitete, widmete zunächst dem verstorbenen Bundeskassierer Hermann Kuhe einen warm empfundenen Nachruf. Aus dem inhaltsreichen

### Tätigkeitsbericht

den Leipart sodann erstattete, sei das folgende wiedergegeben: Der Bundesvorstand hat gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckte, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschieden Verwahrung eingelegt und die schleunige Durchführung dieser von den Gewerkschaften vertretenen Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipart erläuterte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“ steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits geleistet worden sind, und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestattet. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Die schon seit längerer Zeit erfolgten Bestrebungen, die Berufsinternationalen entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen, sind in letzter Zeit wieder erörtert worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß allein die Landeszentralen die Träger des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein können. Auch der Vorstand des IGB. selbst ist dieser Auffassung.

Einige Gegenstände, die Leipart in seinem Bericht kurz erwähnt hatte, wurden von den Sachbearbeitern im Bundesvorstand ausführlicher erörtert.

Schlimme berichtete über Steuerfragen. Die am 10. Februar in Kraft getretene Erleichterung in der Bürgersteuer ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Weiter gehende Forderungen dahingehend, daß alle Lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiterverfolgt. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre Lohnsteuerpflichtigen seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen. Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des AIA-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Werksparks ausgearbeitet, der dem Reichstage zugeleitet worden ist. Anschließend machte Schlimme nähere Mitteilungen über den organisatorischen Aufbau der Eisernen Front, für die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Spliedt berichtete über das Krümpersystem, die dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Arbeitslosen- und Arbeitsbeschaffung in den Verbänden. Eine einheitliche Stellungnahme der Verbände wäre vielleicht wünschenswert; sie wird aber praktisch kaum möglich sein.

Kollegia Hermann ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und

Schulungsarbeit unter den Frauen ein. Gewiß ist eine Sonderorganisation der Frauen in den Verbänden nicht empfehlenswert, dennoch muß ihrer Eigenart stärker Rechnung getragen werden, wenn sie für den Dienst an der Gesamtbewegung erzogen werden sollen.

Den Berichten folgte eine lebhafte Aussprache, in welcher einzelne im Bericht erwähnte Fragen noch besonders unterstrichen wurden. Zusammenfassend stellte Leipart am Schluß fest, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Die Gewerkschaften sind auch nur insoweit Befürworter des Krümpersystems, als bei der Anwendung desselben Rücksicht auf die Eigenart der Berufsgruppe und Betriebe genommen wird. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der Vierzigstundenswoche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Zur Reparationsfrage erklärte Leipart, es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Losung: Schluß mit den Reparationen. Denn die Welt ist sich klar geworden darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist. Wir sagen nicht: wir wollen nicht zahlen, wir sagen das vor allem nicht im Widerspruch zu unseren ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unseren französischen und belgischen Freunden zu: Ihr dürft nicht zulassen, daß die Last der Reparationen auch fernerhin die deutsche Arbeiterschaft bedrückt. Wir begehen keine Untreue gegen die Internationale, indem wir unsere Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen.

### Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Die Aussprache über diese wichtige Frage wurde eingeleitet mit einem Referat des stellvertretenden Vorsitzenden Eggert. Er wies einleitend darauf hin, daß, trotzdem Deutschland im Jahre 1931 einen Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden hatte, sein Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen ist. Deutschlands Anteil an der industriellen Weltproduktion ist von 12 Prozent im Jahre 1928 auf 9 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eigenen Land, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder.

Der anscheinend unaufhaltsame Verfall der wirtschaftlichen Kräfte hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen zeitigt. An der Spitze der Pläne, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesausschuss im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongress erhobene Forderung nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, haben aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der

technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist. Auch die Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

Eine zweite Gruppe bilden jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen samt und sonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben.

Eine dritte Gruppe bilden die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, darunter verschiedene Siedlungsprojekte. Mit in erster Reihe der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadträndern anzusiedeln. Der ADGB. konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorberatung befinden. Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abrüstung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltpolitische Situation. Der Völkerbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der Französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird. Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern.

Leipart faßte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesausschuss zusammen, in dem die unabwendbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. In Namen aller deutschen Arbeiter, in Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuss seine Stimme erheben. Ein Krisenkongress muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Tarnow erläuterte sodann den Plan für eine großzügige Arbeitsbeschaffung, den er in Gemeinschaft mit Woytinsky und Baade ausgearbeitet hat. Nach diesem Plan sollen die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat. Wir denken an die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter u. a. m. von etwa 2 Milliarden Mark erfor-

dern. Davon werden aber rund 600 Millionen Mark von vornherein durch die freiverwendenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Mark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1½ Prozent bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine fühlbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Für die Neuregelung des Kreditwesens gibt es verschiedene Pläne, von denen der Vorschlag zur Geld- und Kreditreform, der vom Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Prof. Dr. Wagemann, ausgearbeitet wurde, starke Beachtung in den Kreisen der Sachkundigen gefunden hat. Der Direktor der Arbeiterbank, Genosse Bachem, hatte es übernommen, den Wagemannschen Plan vor dem Bundesausschuss zu erläutern. Entgegen der Kritik, den der Wagemannsche Plan in den bürgerlichen Kreisen gefunden hat, beurteilt ihn Bachem günstig. Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Auftauung der gefrorenen Geldleitungen. Heute müssen Kredite zurückgefordert werden von guten Schuldnern. Diesem unmöglichen Zustand würde abgeholfen werden. Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des gehorteten Geldkapitals und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Zu den Kritikern des von Tarnow entwickelten Planes zur Arbeitsbeschaffung gehört auch Genosse Naphthali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Er meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß als geschehen ist. Aktive Konjunkturpolitik ist heute gleich mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Krediterschöpfung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt, und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch gute Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Die an die Vorträge anschließende Aussprache bewegte sich auf einem bemerkenswert hohen Niveau und war getragen von dem Ernst und dem Verantwortungsbewußtsein, das auf den verantwortlichen Vertretern der deutschen Gewerkschaften lastet. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme der Entscheidung, die wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken.

In der Diskussion wurde auch die vom Bundesvorstand ausgehende Anregung besprochen, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, um dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung einen stärkeren Nachhall zu geben. Der Bundesausschuss stimmte der Einberufung eines Krisenkongresses zu.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl des Bundeskassierers. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress hatte den Bundesausschuss mit der Wahl betraut. Leipart schlägt im Namen des Bundesvorstandes den Genossen Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, zum Kassierer vor. Ohne Aussprache wurde Schulze einstimmig zum Kassierer des Bundes gewählt.



# Unterhaltung und Wissen



## Simon und Samuel Suchende

8. Fortsetzung.  
Copyright by Mollk-Verlag AG, Berlin

Am folgenden Tag lernte Samuel die Bremers kennen. Die Hütte lag außerhalb der Stadt, war von Bäumen umsäumt, und es gab sogar ein Blumenbeet. Freilich war das Haus sehr klein, und die neun Kinder füllten es völlig aus. Johann, der Vater, war groß und rotgesichtig, mit stacheligem Haar. In der Stadt hatte er einen schlechten Ruf, weil er „Sozialist“ war, doch mußte Samuel dies nicht. Die Frau war ein winziges Geschöpf, das vom vielen Gebären völlig erschöpft schien. Am interessantesten und Samuel den fünfzehnjährigen Friedrich, einen blassen, asketisch aussehenden Knaben mit lockigem Haar und schönen Augen.

Die Musik war für die Bremers etwas Heiliges. Der Vater spielte Klavier, der zweitälteste Sohn Cello. Wurde Musik gemacht, so saß die ganze Familie, sogar die Kleinsten, stumm, mit geweiteten Augen in der Wohnstube.



Samuel kannte etliche „patriotische“ Lieder sowie eine Anzahl Choräle und einige Gesänge. Die Musik aber, die er hier hörte, enthüllte ihm neue Lebensmöglichkeiten. Er lauschte staunend und ehrfurchtsvoll. Welch verzweifertes Leid, wildes Sehnen, welche berauschende, seelenfolgende Schönheit! Friedrich hatte beim Vater Unterricht genommen, sein Strich war nicht immer gut, die hohen Töne wurden ihm noch gefährlich, aber Samuel verstand davon nichts, dachte bloß an die Musik. Diese brauchte ihm niemand zu erklären, hier bedurfte es keiner Erläuterungen, über die Jahrhunderte hinweg sprachen zu ihm die Seelen Beethovens und Schuberts, verkündeten ihm ihre Vision der wundervollen Welt des Geistes, der die Menschheit tastend zustrebt.

Samuel vermochte seine Begeisterung nicht zu verbergen, und das freute die Bremers, die an diesem entlegenen Ort wenig Verständnis fanden. Die Bewunderung des Knaben verlieh dem Eifer der Familie Flügel; sie musizierte den ganzen Nachmittag, und dann forderte Johann die beiden zum Abendessen zu bleiben, damit sie vorher weiter der Musik lauschen könnten. „Sie hätten Musiker werden sollen“, sprach er zu Samuel. „Sind dafür geneigt?“

Ein solches Abendbrot hatte Samuel seit langem nicht mehr gesehen. Ein großer Teller voll mit kaltem Fleisch, eine Schüssel mit heißer Sauce, gekochte Kartoffeln sowie eine Unmenge Butterbrot wurden auf dem Tisch gestellt. Es gab auch einen merkwürdigen deutschen Pudding, den Samuel Bestürzung — einen großen Krug Bier. Johann bot den Gästen davon an, als diese es ablehnten, trank er den großen Krug allein aus. Nach dem Essen schlief er ein, und Friedrich spielte abermals Geige. Die unbändige, quälende Sehnsucht, aus den Geigentönen klang, ließ Samuel einen Einblick in das Leben der Familie tun. Der Vater war gutmütig und sentimental, der älteste Sohn ein schmerzlicher Mensch, der äußerst prosaisch, die Mutter völlig in den Kindern in Anspruch genommen; Friedrichs Seele litt unter seiner Umgebung, wie nach Leben.

Die Industrie forderte unzählige verschiedene Teppichmuster, und deshalb mußte Johann Bremer den ganzen Tag vor seinem Reißbrett stehen und mit bunten Farben winzig kleine Vierecke ausfüllen; dafür erhielt er wöchentlich dreißig Dollar, und Friedrich, der ihm behilflich war, bekam zwölf. Der Lohn war gut, und Johann trieb den Sohn an, neue Muster zu erfinden. Aber der Knabe hatte die Arbeit, dachte immer nur an Musik. Für ihn bedeutete die Musik kein empfindsames Träumen, sondern ein Greifen nach der Unendlichkeit, einen Kampf für die Befreiung aus der Sklaverei der Welt. Auch Johann war in seiner Jugend so gewesen, damals, als er Revolutionär wurde, ehe ihn noch das Bier, die Sauce und die Häuslichkeit gezähmt hatten. Freilich sprach niemand diese Dinge aus, sie tönten nur aus Friedrichs Geige. Samuel blickte sich um, schaute die Tragödie einer zweiten Seele. Sophie verschlang gleichsam die Klänge, ihr Gesicht hatte sich belebt, sie atmete hastig, wischte bisweilen eine Träne fort.

Auf dem Heimweg sagte sie zu Samuel: „Ich weiß nicht, ob es für mich gut ist, solcher Musik zu lauschen.“

„Weshalb, wenn es Sie glücklich macht?“  
„Ja, aber nachher macht es mich unglücklich, ruft in mir allerlei Wünsche wach. Ich werde unzufrieden. Und es fällt mir immer schwerer, in die Fabrik zu gehen.“

„Was arbeiten Sie in der Fabrik?“ fragte Samuel.

„Ich bin, was man ein Spulenmädchen nennt, das heißt, ich befestige den Faden an den leeren Spulen.“

„Ist das eine harte Arbeit?“  
„Nein, eigentlich nicht. Aber man muß dabei die ganze Zeit stehen und immer und immer das gleiche tun, den ganzen langen Tag. Man wird so stumpf, denkt an gar nichts. Und die Luft ist voller Staub, die Maschinen, brüllen. Freilich gewöhnt man sich daran, aber dennoch kann es für einen Menschen nicht gut sein.“

Eine Weile strebten sie schweigend dahin, dann fragte Sophie unvermittelt: „Macht es Ihnen Freude, sich allerlei auszudenken?“

„Ja.“

„Auch ich tat es gerne — als ich noch jünger war.“

Es berührte Samuel merkwürdig, daß dieses Kind immer von sich sprach, als wäre es alt. „Weshalb tun Sie es nicht mehr?“ fragte er.

„Ich glaube, ich bin zu müde dazu. Aber in meiner Stube habe ich viele Bilder aufgehängt; ich schnitt sie aus Zeitschriften aus, die ich geschenkt bekam. Bilder von schönen Dingen — Vögeln und Blumen, alten Schlössern, von schönen Herren und Damen. Ich erzählte mir selbst Geschichten über diese Bilder, bildete mir ein, ich lebte dort, allerlei Angenehmes geschähe mit mir. Möchten Sie meine Bilder sehen?“

„Ja, sehr gerne.“

„An derlei Dinge denke ich auch, wenn Friedrich Geige spielt. Habe ein Bild von Sir Galahead (ein Ritter von der Tafelrunde des Königs Artus); er steht neben seinem Pferd, hält ein Schwert in der Hand. Früher träumte ich davon, daß so ein Mensch kommen und mich fortnehmen würde, an

einen Ort, wo es keine Fabriken gibt. Jetzt glaube ich nicht mehr daran.“

„Weshalb?“

„Es ist zu spät. Mir fehlt irgend etwas. Ich spreche nicht darüber, weil es der Mutter Kummer bereiten würde, aber ich bin immer so müde, der Kopf schmerzt mich. Und obschon ich schläfrig bin, vermag ich nicht zu schlafen. Höre immer die Maschinen surren.“

„O!“ rief Samuel unwillkürlich erschrocken.

„Es macht nichts“, entgegnete das Kind. „Dagegen läßt sich nichts tun. Nur wenn Friedrich Geige spielt — dann packt mich etwas.“ Sie gingen weiter.

„Friedrich ist sehr unglücklich“, bemerkte Sophie.

„Das glaube ich.“ Unvermittelt fragte Samuel: „Könnten Sie nicht eine andere Arbeit tun?“

„Was? Für schwere Arbeiten bin ich zu schwach. Und wo sonst würde ich drei Dollar die Woche verdienen?“

„Ist das der Lohn?“

„Ja, das heißt, wenn voll gearbeitet wird.“

„Macht die Arbeit alle Mädchen krank? Das eine Mädchen, das heute nachmittag kam, sieht doch stark und gesund aus.“

„Bessie? Für die ist es ein Spiel. Sie lebt bei ihren Eltern, hört zu arbeiten auf, wenn es ihr behagt. Sie will sich nur Kleider kaufen und ins Theater gehen.“

„Und das andere Mädchen, dem wir auf der Straße begegneten?“

„Helen Davis? Ja, das ist etwas anderes, die ist ein schlechtes Mädchen.“

„Schlecht?“ staunte Samuel verständnislos.

Er verstummte sinnend; es fiel ihm schwer, sich in einer Welt zurechtzufinden, wo die Guten schwach und krank, die Schlechten rosig und vergnügt waren. „Was wollen Sie damit sagen?“ fragte er schließlich.

Sophie antwortete einfach: „Sie lebt mit einem Burschen.“

Samuel wurde dunkelrot. Wie hatte er nur so dumm fragen können. Dann aber machte seine Beschämung einem Gefühl entsetzten Staunens Platz. Denn Sophie war gar nicht verlegen, sprach völlig nüchtern, dieses dreizehnjährige Mädchen, das wie ein zehnjähriges Kind aussah. „Ich verstehe“, stammelte er.

„Viele Mädchen tun es“, erklärte Sophie. „Die Fabriken sind so nahe, und die Mädchen wissen, daß sie nicht heiraten werden. Aber die Mutter sagt, es sei trotzdem nicht recht.“

Samuel legte den Rest des Weges schweigend zurück; er dachte nicht mehr an die Freuden der Musik. (Fortsetzung folgt.)

## Was ist eine Kilowattstunde?

Noch vor 20 Jahren konnte man sagen, daß die Kilowattstunde (kWh) den wirtschaftlichen Wert von etwa 3 Pfund Kohle hat. Heute geht man kaum fehl, wenn man den Wert mit  $\frac{1}{3}$  Kilogramm guter Kohle angibt, so große Fortschritte hat die Technik der Kohlekraftwerke gemacht. Und die Wasserkraftwerke müssen sich in ihrer Bewertung der kWh nach dem Standpunkt der Kohle richten, weil die Kohlewirtschaft immer noch die entscheidende Schlüsselstellung hat. Die zunehmende Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Kohlekraftwerke stoppt heute schon die weitere Projektbildung nordamerikanischer Wasserkraftwerke, und auch in Deutschland können Wasserkraftwerke nur noch unter dem Gesichtspunkt von Speichieranlagen zu den bestehenden Kohlekraftwerken gebaut werden.

1 kWh stellt eine gewisse Menge elektrischer Stromenergie vor, die man z. B. dadurch beschreiben kann, daß man sagt: 1 kWh genügt, um 10 Liter Wasser von 14 Grad auf 100 Grad zu erwärmen. Das heißt, 1 kWh enthält 860 Wärmeinheiten (WE.). Da 1 Kilo guter Kohle etwa 7500 WE enthält, so könnte es scheinen, als ob man aus 1 Kilo solcher Kohle wenigstens 9 kWh herstellen müßte. Aber unsere Natur zeigt

bei Umwandlung von Wärme in mechanische Arbeit eine merkwürdige Beschränkung: wir können stets nur einen Teil der Wärme umwandeln. Welchen Teil, das hängt von der Temperatur des verwendeten Stoffes, der die Wärme trägt (z. B. Wasserdampf, Benzindampf) ab. So kommt es, daß wir heute schon stolz darauf sind, daß wir aus 3600 WE. = 1 kWh herstellen können, also nur rund den  $\frac{1}{4}$ fachen theoretischen Aufwand brauchen. Die mechanische Arbeit, die in der Dampfmaschine, Dampfturbine oder im Gasmotor entsteht, dient zum Antreiben einer Dynamomaschine, die also mechanische Arbeit (Bewegung) in Elektrizität wandelt.

Eine Möglichkeit, die in Kohlen enthaltenen Energiemengen direkt in Elektrizität umzusetzen, sehen wir heute noch nicht. Dies schließt nicht aus, daß wir einmal eine neue Maschine von einem genialen Erfinder geschenkt bekommen, die uns Kohlen in Strom wandelt und bei deren Anwendung wir uns jener theoretischen Beziehung 860 WE. = 1 kWh mehr nähern, als dies mit den heutigen Wärmemaschinen möglich ist. Das Problem ist sehr wichtig, denn heute kann die elektrische Wärme noch nicht einmal für den Betrieb einer simplen Hausheizung mit Kohle konkurrieren. Kohleheizung ist im allgemeinen noch billiger, obgleich doch bei der üblichen Heizung mit ins Freie führenden Kaminen ein sehr großer Teil der erzeugten Wärme nutzlos ins Freie strömt, während der elektrische Strom zu 100 Prozent in Nutzwärme umgewandelt werden kann.

Der in einer kWh enthaltene Kohlewert (bei Herstellung in Kohlekraftwerken) ist heute schon rund 0,3 Pf. in modernsten Anlagen, er kann bis auf 0,1 sinken, wenn die Abwärme für Zentralheizung von Häusern verwendet wird.

## Was mancher nicht weiß

Nach den Erklärungen des Spitzenverbandes der Feuerwehren Deutschlands kommen im Jahre durchschnittlich 1400 Menschen durch Feuer um. Ferner wird im Jahre durchschnittlich eine halbe Milliarde Mark des deutschen Volksvermögens durch Feuer vernichtet, obwohl wir in Deutschland 30 000 Feuerwehren haben.

In Indien gibt es noch heute gewerbsmäßige Vergifter, die besonders den Weissen nachstellen, wie Else Lüders, die Gattin des bekannten Berliner Sanskritgelehrten, mitteilt. Ihr Treiben ist in letzter Zeit derartig gefährlich geworden, daß die indischen Behörden sich veranlaßt gesehen haben, durch grosse Plakate vor ihnen zu warnen.

Der älteste Eisenbahntunnel der Welt befindet sich auf der Strecke Liverpool—Manchester in England und wurde in der Zeit von 1826 bis 1829 gebaut.

In letzter Zeit ist viel davon geredet worden, dass die Störche aussterben, weil man ihnen in Afrika ihre Lieblingsnahrung, die Wanderheuschrecken, mit Arsenik vergiftet und die Tiere in vielen Durchzugsländern in grossen Mengen niedergeschossen werden. Man beweist das gern damit, dass von Jahr zu Jahr weniger Störche nach Deutschland kommen. Dies ist aber nicht ganz richtig. Wohl wird der Storchbestand durch die Vergiftungen und die Abschüsse dezimiert, aber mit seinem Fernbleiben von uns hat das nicht sehr viel zu tun, daran sind vielmehr die deutschen Sümpfe schuld, die ständig weiter austrocknen. An sich ist der Rückgang der Störche in den letzten 25 Jahren in manchen Gegenden Deutschlands enorm; so z. B. in Mecklenburg, wo man einen Rückgang von 85 Prozent festgestellt hat. Auch Ostpreussen und Schlesien haben einen gewaltigen Rückgang von 70 und 65 Prozent zu verzeichnen, was äusserst bedauerlich ist, aber noch nicht unbedingt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlass zu geben braucht.

## Dem Zweifler!

Auf das Gedicht in Nr. 5 sendet uns ein Verbandskollege folgende Zeilen:

**Du fragst, ob wir noch treu sind dem Verband,  
Ob weiter wir ihm weihen Herz und Hand?  
Du fragst, ob wir wie willenslose Massen  
Die stolze Fahne mutslos nicht verlassen?  
Hör es, o Frager! Nein, so ist es nicht.  
Es wäre ja ein jämmerlicher Wicht.  
Wer, gerade wenn die Zeit uns Stürme schickt,  
Nicht treu empor zu unserm Banner blickt.  
Groß wurde der Verband in Kampf und Not.  
Wir sahen tiefe Nacht und Morgenrot.  
Wir kannten trübe, kranke helle Tage  
Und waren zu auch in der schwersten Lage.  
Drum frag nicht allzuviel, sonst träust du nur  
Der großen Treue weihenollen Schwur! G. H.**



Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Otto Braun. Ein Lebensbild von Erich Küttner. R. Kähler Verlag, Leipzig. — Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, hat kürzlich seinen 60. Geburtstag gefeiert...

Staatsystems. Auf Otto Braun konzentriert sich der ganze Haß der Reaktion, ihm zu sauzen, wird ihr Ziel im bevorstehenden preussischen Wahlkampf...

Der Staat ohne Arbeitslose. Von E. Glaeser und F. Weiskopf. Drei Jahre „Fünfjahresplan“ mit 265 Abbildungen. Verlag Gustav Kiepenheuer, Berlin. Preis kartoniert 1,50 Mk.

hältnis, zum Vorteil beider. Das vorliegende Buch enthält vornehmlich, zum Teil aber hochinteressante Bilder aus allen Gebieten der Gesellschaft...

Wald und Holz. Ein Nachschlagewerk für die Praxis der Forstwirte, Holzhändler und Holzindustriellen. Herausgegeben von Dr. Wappes, 1. Vorsitzender des Deutschen Forstvereins...

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann...

erscheinenden Heften eine Reihe von Aufsätzen, in denen Fragen erörtert werden, die für die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind...

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beilagen „Sozialistisches Wandern“, „Der Leib“, den Liebesheften und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeilagen...

Sozialistische Bildung. Monatschrift mit den ständigen Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistisches Erziehung“. Preis 1,50 Mk. im Vierteljahr...

Gesundheit. Zeitschrift für gesündere Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin...

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Für nur 2,85 M. einen guten Ganzleinenband

Bonsels, Notizen eines Vagabunden. Die drei Werke „Menschenwege“, „Eros und die Evangelien“, „Narren und Heiden“ in einem Bande. Feuchtwanger, Jud Süß. Ein Roman, der seines hohen Preises wegen bisher von den breiten Massen nicht gekannt werden konnte...

Raabe, Die Chronik der Sperlingsgasse. Jubiläumsgabe mit 6 Bildern. Ein Roman, den man stets gern zur Hand nimmt und immer wieder lesen kann. Scherer, Geschichte der deutschen Literatur. Die immer noch unübertroffene Gesamtdarstellung der deutschen Nationalliteratur in ungekürzter Textausgabe...

Zola, Fruchtbarkeit. Das Evangelium der Fruchtbarkeit: als sittliches Ziel der Ehe die Familiengründung, als höchste Aufgabe des Berufs nicht das Erraffen von Reichtümern, sondern die Urbarmachung brachliegender Kräfte...

Advertisement for GEG Kautabak featuring an illustration of a hand holding a pipe and the text 'GEG Kautabak aus Deinem Konsumverein. Nichts ist würziger!'.

Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16

Large advertisement for GRASERS WELTBEKANNTA TAFELN. Includes a decorative border with a tree and the text 'Baume und Straucher'. Below is a detailed list of products and prices under categories like Pflanzenkunde and Garten- und Landwirtschaft.

Advertisement for Fabrik-neue Qualitäts-Schallplatten. Features the text '25 cm Durchmesser, doppelseitig bespielt, moderne Arrangements' and 'Mk. 1,50 auf Teilzahlung!'.

Advertisement for Seltene Gelegenheit. Promotes a Zeiss-Ikon Rolllinokamera and other photographic equipment for sale at a special price.

Advertisement for Billige böhm. Bettfedern. Promotes high-quality, affordable bedding products from a Bohemian manufacturer.

Advertisement for Fachblatt. Promotes a specialized journal for woodworkers, offering subscription information and contact details.

Advertisement for Original-süddeutsche Hobelbänke. Promotes high-quality planing machines and tools, highlighting their durability and performance.

Advertisement for Fruchtwine. Promotes various liqueurs, marmalades, and chocolates, emphasizing their quality and variety.

Advertisement for Tischlerfachschule Blankenburg. Promotes a technical school for woodworkers, offering training in various carpentry skills.